

Bericht auf WB Online 2. März 2023

[Nachspiel für 100-Franken-Abo](#)

Staatsanwaltschaft leitet in der Affäre um verbilligte Skipässe für Politiker eine Untersuchung ein

Staatsräte und Bundespolitiker können im ganzen Wallis für 100 statt für 1575 Franken Ski fahren. Diese Praxis ist nun ins Visier der Justiz geraten, die eine Untersuchung eingeleitet hat.

[pomona.media-Redaktion](#) 02.03.2023, 14:12

Artikel hören Teilen

Artikel hören

Abgeordneten Skipässe zu Vorzugspreisen anzubieten - diese Praxis der Walliser Bergbahnen sorgte Ende letzten Jahres für Schlagzeilen. Heute Donnerstag nimmt die Angelegenheit eine juristische Wendung.

Die Walliser Staatsanwaltschaft hat nämlich eine Strafuntersuchung «wegen Verdachts auf Vorteilsannahme und Vorteilsgewährung» eingeleitet. Die Untersuchung richtet sich in diesem Stadium gegen Unbekannt. Das berichtet «Le Nouvelliste».

Die Praxis, die es seit vielen Jahren im Kanton gibt, rückte durch einen Bericht des Westschweizer Fernsehens RTS ins Rampenlicht.

RTS enthüllte, dass die Walliser Bergbahnen den gewählten Volksvertretern nämlich für gerade einmal 100 Franken den sogenannten «Snowpass Limited» offerieren.

Dieser kostet normalerweise 1570 Franken, heisst man allerdings Christophe Darbellay oder Beat Rieder gibt es den Pass für nicht einmal zehn Prozent des eigentlichen Kaufpreises.

Mit dem «Snowpass Limited» hat man in sämtlichen Skigebieten des Kantons freie Fahrt, lediglich die beiden Destinationen Zermatt und 4 Vallées beschränken den Zutritt auf vier Skitage pro Saison.

Heikle Aktion

Die Mehrheit der Walliser Staatsräte lässt sich dieses Geschenk denn auch nicht entgehen, wie RTS damals berichtete. Franz Ruppen (SVP) und Mathias Reynard (SP) haben keinen Skipass, die anderen Regierungsmitglieder Christophe Darbellay (Die Mitte), Roberto Schmidt (CSPO) und Frédéric Favre (FDP) nehmen das günstige Angebot an.

Christophe Darbellay sieht darin auch kein Problem, wie er gegenüber dem Westschweizer Radio erklärte. Das Ski-GA sei für ihn, den Tourismusminister, ein «Arbeitsinstrument».

Die Arbeit auf der Piste besteht für Darbellay darin, dass er dort jeweils «extrem viele Begegnungen mit Wirtschaftsführern und Gemeindepräsidenten» hat. Er wisse jedenfalls nicht, inwiefern ihn das Abonnement abhängig machen könnte, deshalb will Darbellay auch nicht darauf verzichten. Das zum Spottpreis offerierte Skiabo sei keinesfalls als Beeinflussungsversuch zu erachten. «Wir handeln völlig unabhängig», versichert Darbellay.

Bei den Unterwalliser National- und Ständeräten ist die Quote der Profiteure indes deutlich tiefer als in der Regierung. Gemäss RTS lehnen Emmanuel Amoos (SP), Christophe Clivaz (Grüne), Sidney Kamerzin (Die Mitte) und Philippe Nantermod (FDP) das günstige Skiabo ab. Auch Ständerätin Marianne Maret (Die Mitte) profitiert nicht.

Nur Jean-Luc Addor (SVP) und Benjamin Roduit (Die Mitte) fahren für 100 Franken Ski auf den Walliser Pisten.

Bei den Oberwalliser Abgeordneten in Bundesbern äussert sich lediglich Nationalrat Philipp Matthias Bregy (Die Mitte) auf [eine entsprechende Anfrage des «Walliser Boten»](#). Von Ständerat Beat Rieder (Die Mitte) und Nationalrat Michael Graber (SVPO) gab es keine Antwort.

Schon bei Bekanntwerden der Praxis hatten mehrere Strafrechtler die Regelung als hochgradig heikel bezeichnet, wie sie gegenüber RTS erklärten. So blieb vor zwei Monaten denn auch die Frage im Raum stehen, ob die Sache ein juristisches Nachspiel haben könnte.

Auf diese Frage gibt es seit heute Donnerstag eine Antwort. Sie lautet ja. Welche Untersuchungen die Staatsanwaltschaft des Kantons Wallis bereits durchgeführt hat oder noch anordnen wird, ist bisher allerdings noch nicht bekannt.

Unterdessen hatte die Walliser Regierung Ende November 2022 angekündigt, dass die Modalitäten betreffend Umgang mit Geschenken, Einladungen oder anderen Vorteilen neu geregelt würden. Da heisst es unter anderem, dass Geschenke an Beamte von geringer Bedeutung toleriert werden. Dabei darf es sich um Höflichkeitsgeschenke mit einem Wert von höchstens 200 Franken handeln.

Die entsprechenden Regelungen wurden kürzlich angepasst.